Zeitschrift: Itinera : Beiheft zur Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte = supplément de la Revue suisse d'histoire = supplemento della Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 13 (1992)

Artikel: Ist der helvetische Konsens am Ende? : Zeitgeschichtliche Betrachtungen zur Schweiz am Ende des 20. Jahrhunderts

Autor: Altermatt, Urs

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1078131

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ist der helvetische Konsens am Ende? Zeitgeschichtliche Betrachtungen zur Schweiz am Ende des 20. Jahrhunderts

Urs Altermatt

Am 31. Dezember 1991 veröffentlichte Kenneth Angst in der «Neuen Zürcher Zeitung» einen Jahreswende-Artikel mit dem Titel «Orientierungskrise als Chance». Der NZZ-Inlandredaktor kam zum Schluss, dass altbewährte Koordinaten und Prinzipien unseres Denkens und Handelns an Selbstverständlichkeit und politischer Evidenz verloren hätten.

Bei den Nationalratswahlen vom 20. Oktober 1991 erreichten die vier Bundesratsparteien FDP, CVP, SPS und SVP noch einen Stimmenanteil von 69,5 Prozent. Damit setzte sich der Schwund ihrer Wählerbasis fort. Als die Zauberformel-Regierung 1959 geschaffen wurde, erhielten die vier Regierungsparteien rund 85 Prozent aller Wählerstimmen. Wie kein anderes Detail zeigen diese Zahlen, dass die Machtgrundlage der Zauberformel-Regierung auf schweizerischer Ebene wackelt. Auch wenn die vier Regierungsparteien im Herbst 1991 als Reaktion auf ihre Wählereinbussen bei den Nationalratswahlen enger zusammenrückten, macht sich am Ende des Jahres 1991 der Eindruck breit, dass die Zauberformel-Regierung eine Art Auslaufmodell darstellt.

Seit den späten 1960er Jahren geriet das Konkordanzsystem unter Druck. Doch die Erosion des helvetischen Konsenses ging zunächst schleichend vor sich. Noch beherrschte die Verteilungskoalition die politische Szene, die sich gesellschaftlich auf Wirtschaftswachstum, Wissenschaftsglaube und politische Teilhabe stützen konnte. Als sich 1973/74 die ökonomischen, kulturellen und politischen Voraussetzungen grundlegend veränderten, arbeitete die Verteilungskoalition bei überfüllter Tagesordnung in langsamem Entscheidungsrhythmus weiter und rief damit eine eigentliche Krise des politischen Systems hervor. Manche Beobachter sprachen in den letzten Jahren von Blockade oder Sklerose, wenn sie den Zustand der politischen Schweiz kennzeichneten.

Welches sind die Tendenzen, die die Auflösung des Konsensmodells fördern?

Wertwandel im Zeichen des Postmaterialismus

Der nationale Konsens löste sich untergründig dadurch auf, dass die Modernisierungsschübe in der Gesellschaft nach 1945 einen Wertewandel

hervorriefen. Beobachter sprechen in Anlehnung an den amerikanischen Politikwissenschafter Ronald Inglehart von einer stillen Revolution der Wertvorstellungen und Verhaltensweisen.

Folgt man Ingleharts Erklärungsmodell, lautet die Argumentationsreihe folgendermassen: Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung lebte nach 1945/50 nicht in wirtschaftlicher Not, geschweige denn in Hunger. Da es den Menschen verhältnismässig gut ging, breiteten sich in der Periode der wirtschaftlichen Prosperität «postmaterialistische» Wertvorstellungen aus, ohne den Materialismus als Basis der Gesellschaft aufzugeben. Die meisten Schweizer erlebten in ihren materiellen Grundbedürfnissen keinen Mangel mehr, und viele wandten sich neuen Werten zu, die nicht mehr das Wirtschaftswachstum allein in den Mittelpunkt rückten, sondern um Themen der Lebensqualität kreisten. In früheren Zeiten waren noch viele Menschen bereit, individuelle Autonomie zu opfern, um grössere wirtschaftliche und soziale Sicherheit zu erlangen.

In der Schweiz wie in andern Industriegesellschaften ist die Modernisierung mit Individualisierungstendenzen verbunden, die die Menschen aus den bisherigen Bindungen herauslösten. Wie nie zuvor sind die Menschen im modernen Wohlfahrtsstaat materiell und sozial abgesichert und besitzen durch immer kürzere Arbeitszeiten immer grössere Freiräume für die individuelle Gestaltung ihrer Freizeit.

Gesellschaftliche Wertewandel vollziehen sich langsam. Wichtig ist dabei die Tatsache, dass eine Generation die andere ablöst. Die jüngere Generation, die in ihrer Jugend unter andern Voraussetzungen aufgewachsen ist, vertritt andere Werte, die sie dann später fördert, wenn sie in wichtige gesellschaftliche Positionen vorrückt. Dieser intergenerationelle Mechanismus verbirgt sich hinter dem Wertewandel der letzten 30 Jahre.

Untersuchungen haben in der Tat gezeigt, dass jüngere Jahrgänge stärker zu postmateriellen Werthaltungen hinneigen als ältere. Postmaterielle Werte waren zunächst in der studentischen Generation der späten sechziger Jahre vorhanden. Mit dem Älterwerden der Achtundsechziger drangen sie in die Gesellschaft ein. Die neue Generation richtete ihre Energien nicht mehr in erster Linie auf das wirtschaftliche Überleben, sondern auf die Lebensqualität und die Selbstverwirklichung aus. Nach der Theorie von Inglehart setzen typische «Materialisten» auf Wirtschaftswachstum, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Inflation sowie auf Ruhe und Ordnung, während sich die «Nachmaterialisten» an der Partizipation am Arbeitsplatz und in der Politik sowie an der Selbstentfaltung im kulturellen und intellektuellen Bereich orientieren.

Zu Beginn der 1970er Jahre liessen sich bloss etwa 12 Prozent als reine Nachmaterialisten einteilen. Wie der Politikwissenschafter Claude Long-

champ nachweist, nahm dieser Anteil seither zu. Studien, die nach dem gleichen Muster durchgeführt wurden, ergaben 1990, dass die Schweiz rund 20 Prozent Postmaterialisten zählt. Damit reiht sie sich in die westeuropäische Spitzengruppe mit den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland ein.

Wie dem auch sei: Obwohl der Materialismus nach wie vor die Grundlage der Industriegesellschaft darstellt, gewannen postmaterielle Wertvorstellungen in der Politik an Bedeutung. Dadurch gerieten die traditionellen politischen Organisationen wie die Parteien und Gewerkschaften unter Druck, denn die Politiklandschaft stimmte mit den neuen Fragestellungen nicht mehr überein. Einem Zersetzungsprozess sah sich so auch das Konkordanzsystem ausgesetzt, das aus einer Epoche stammt, in der es darum ging, Wirtschaftsgüter und Machtvorteile möglichst proportional zu verteilen.

Ein anderes Beispiel: Bis weit in die sechziger Jahre galt die Armee als fast sakraler Bestandteil des schweizerischen Nationalkonsenses, als Garant der nationalen Unabhängigkeit und als Symbol der Schweizer Eigenart. Praktisch nahtlos fügte sich an den Zweiten Weltkrieg der Kalte Krieg an, der nach 1945 die alten Bedrohungsbilder in andern Varianten aufrecht erhielt. In den 1970er Jahren begann sich die gesellschaftliche Stellung der Armee zu verändern. Fast schlagartig kam dies bei der eidgenössischen Abstimmung über die Abschaffung der Armee vom 26. November 1989 zum Vorschein. Die Initiative scharte bedeutend mehr Anhänger hinter sich, als man erwartet hatte. Ein gutes Drittel – 35,6 Prozent – sprach sich aus verschiedenen Gründen für die Abschaffung der Armee aus. Wie nie zuvor traten die latenten Spaltungen in der Gesellschaft zutage. Bisher war die Aktivdienst-Generation tonangebend gewesen, die während des Zweiten Weltkrieges Not und Bedrohung erfahren und nationale Gemeinschaft und Solidarität erlebt hatte. Ende der 1980er Jahre betrachtete ein beachtlicher Teil der jüngeren Generation, der im materiellen Wohlstand der Nachkriegszeit aufgewachsen war, die militärische Sicherheit, die von der Armee ausging, nicht mehr als fundamentales Element der schweizerischen Existenz. Für jüngere Jahrgänge war die Armee keine gemeinschafts- und identitätsstiftende Institution mehr. Wie die Vox-Analyse aufgezeigt hat, legten 60 Prozent der 20- bis 29jährigen ein Ja in die Urne.

Wie auch immer man das Resultat der GSoA-Initiative interpretiert, die Volksabstimmung deutet auf einen tiefgreifenden Wertewandel hin. Zahlreiche Bürger schätzten den Militärdienst für ihr persönliches Leben als wenig nutzvoll ein und verwarfen deshalb die allgemeine Wehrpflicht. Die moderne Gesellschaft individualisiert in hohem Masse die Lebensperspektiven des einzelnen Menschen, übergreifende Weltanschauungen und Deu-

tungsmuster verlieren an Gültigkeit. Für die einzelnen Individuen stellt der persönliche Vorteil den wesentlichen Massstab dar. Wo die persönliche Kosten-Nutzen-Analyse Vorteile bringt, wird ein soziales Engagement erbracht; wo dies nicht der Fall ist, schwindet der Einsatz für das Gemeinwesen. Dieser Satz gilt in gleicher Weise für alle gesellschaftlichen Institutionen, für Parteien und Kirchen, Armee und Gewerkschaften.

Zusammenbruch der weltanschaulich-politischen Milieus

Rekapitulieren wir kurz: Die Wohlstandsgesellschaft der Nachkriegszeit förderte individualistische und hedonistische Lebenseinstellungen, die den materialistischen Konsum an die erste Stelle setzten und damit der politischen Apathie Vorschub leisteten. Wie die Analysen des Berner Forschungszentrums für schweizerische Politik, so etwa von Wolf Linder, Claude Longchamp, Hans Hirter u. a. seit Jahren hervorheben, vergrösserte sich die Distanz der Bürger zu den bestehenden politischen Einrichtungen. Nach einer Umfrage interessierte sich Mitte der 1980er Jahre nur noch ein Drittel der Schweizerinnen und Schweizer für Politik. Gleichgültigkeit und Indifferenz breiten sich aus, was zur Folge hat, dass die Stimmungen des Augenblicks ausschlaggebend werden.

Die traditionellen Bindungen zu den weltanschaulichen Milieus lockerten sich. Die politischen Hilfsorganisationen wie die Vereine und Gewerkschaften verloren im katholischen, sozialdemokratischen und freisinnigen Milieu an Bedeutung. An ihre Stelle trat eine anonyme und weitgehend apolitische Massenkultur. Damit büssten die traditionellen Parteien ihre gesellschaftliche Verankerung ein. Die Zahl der Stammwähler ging zurück. 1986 gaben nur noch 32 Prozent der Wahlberechtigten an, mit einer der vier Bundesratsparteien verbunden zu sein; 57 Prozent der Wahlberechtigten standen keiner Partei nahe.

Das bisherige Proporz- und Konkordanzmodell setzte die interne Organisation der verschiedenen Minderheiten voraus. Für den Zusammenhalt des Landes war es bedeutungsvoll, dass die drei weltanschaulichen Milieus des Freisinns, des politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie den Bürgern in der langen Periode von 1850 bis 1950 ermöglichten, die Politik durch den Spiegel der jeweiligen politischen Familie zu sehen. Die moderne Schweiz, in der die Kantone an Bedeutung verloren, brauchte die Milieus, um in einer zunehmend partikularistischen Gesellschaft sozialpsychologische Klammern zu besitzen. Als sich die nationale Gesellschaft nach 1880 rasch zentralisierte, entwickelten sich die Milieus zu den eigentlichen Säulen, die die schweizerische Gesellschaft trugen. Die kulturseparatistische Ab-

grenzung ermöglichte es den Eliten, auf der Ebene der Spitzen Kompromisse auszuhandeln, die den Modus vivendi zwischen den Sondergesellschaften zum Ziel hatten.

Der sich seit den späten 1960er Jahren abzeichnende Erosionsprozess der traditionellen Bindungen deutet auf einen langsamen Zusammenbruch dieser intermediären Säulen hin. Die Mobilität, die der Modernisierungsschub nach dem Zweiten Weltkrieg auslöste, zerstörte die sozialen Grundlagen der Milieus. Damit geht die lange Epoche von 1850 bis 1950 dem Ende zu.
Besonders gut lässt sich diese These an der CVP illustrieren, die als Partei des katholischen Milieus bis Ende der achtziger Jahre eine ausserordentliche Stabilität aufwies. Der Stimmenanteil der CVP bewegte sich bei den Nationalratswahlen von 1919 bis 1987 zwischen rund 20 (1987) und 23,4 (1963) Prozent. Mit einem Rückstand von 25 Jahren macht der Schweizer Katholizismus nun auch auf der parteipolitischen Ebene einen Auflösungsprozess durch. Damit gerät die CVP in eine Zerreissprobe. Während der Erosionsprozess zunächst die städtischen Agglomerationen betraf, beginnt er nun auch die katholischen Stammregionen zu erfassen. Bei den letzten Nationalratswahlen von 1991 sank die CVP auf ein historisches Tief von 18,2 Prozent.

In dem Masse, in dem die Milieus den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr Orientierungshilfen in der komplex gewordenen Welt zur Verfügung stellen, nimmt die Unsicherheit zu. Die Zahl der Wechselwähler steigt. Wie die Nationalratswahlen zeigen, läuft die Politik Gefahr, zum Discountgeschäft mit marktschreierischen Verkaufs- sprich: Wahlaktionen zu verkommen.

Die Folgerung liegt auf der Hand: Mit dem Zusammenbruch der Milieus zerfällt ein wesentliches Element des Konkordanzmodells, und dies führt zu einer Destabilisierung des politischen Systems. Die Entideologisierung fördert nicht die Konkordanz; im Gegenteil, sie vergrössert die Polarisierung an den Rändern der Konkordanzparteien.

Neue soziale Bewegungen

Wie in andern Ländern entstanden in der Schweiz in den späten 1960er und 1970er Jahren neue soziale Bewegungen, die nicht mehr dem klassischen Links-Rechts-Schema entsprachen. Die Ökologie-, Friedens-, Frauen- und Anti-AKW-Bewegung – um nur einige Beispiele zu nennen – stellten einen fundamentalen Protest dar, der gegen die industrielle Zerstörung natürlicher Lebensräume und gegen technokratisch-bürokratische Systemzwänge opponierte. Im Unterschied zur älteren Arbeiterbewegung prangerten die neuen Bewegungen nicht so sehr die ungerechte Verteilung der Güter in der

industriellen Wachstumsgesellschaft an, sondern stellten die moderne Industriegesellschaft selbst in Frage. Jürgen Habermas bezeichnete die neue Fundamentalopposition als Rückzugs- und Widerstandspotentiale gegen die fortschreitende ökonomisch-bürokratische Kolonialisierung der Lebenswelt.

Auch wenn sich die einzelnen Bewegungen an konkreten Fragen entzündeten, stellten sie eine umfassende Kritik der modernen Zivilisation dar. Sie übten auf jene Menschen Anziehungskraft aus, die einerseits von den industriellen Folgeproblemen wie etwa von Autobahnen, Atomkraftwerken oder von Verkehrsproblemen direkt betroffen waren oder andererseits bereits eine postmoderne Sensibilität entwickelt hatten.

Dass die neuen sozialen Bewegungen modernisierungskritische Oppositionsströmungen, mit andern Worten Reaktionen auf die Industrialisierungsschübe darstellen, ist als Feststellung nicht neu. Karl-Werner Brand und andere haben mehrfach darauf hingewiesen. Interessant ist aber der Hinweis, dass sich die Grundstimmungen der Proteste im Verlauf der letzten Jahrzehnte verändert haben. War die alternative Bewegung der sechziger Jahre von einer optimistischen Aufbruchstimmung beherrscht, so war der Protest der siebziger und achtziger Jahre durch eine kulturpessimistische Atmosphäre gekennzeichnet. In den späten sechziger Jahren stand bei der studentischen Protestgeneration der kulturrevolutionäre Aufbruch für mehr Emanzipation, Partizipation und persönliche Entfaltung im Vordergrund, in den siebziger und achtziger Jahren breitete sich das Unbehagen an der Moderne aus.

Gleichzeitig nivellierten sich die Lebensbedingungen. Die urbane Massenkultur verstärkte die sozialen Abhängigkeiten des einzelnen Menschen, der ohne stabile intermediäre Instanzen wie Familie, Nachbarschaft, Milieu usw. anonymen Grossbürokratien gegenüberstand. Aus diesen widersprüchlichen Bedingungen der Gesellschaft entstanden Suchbewegungen aller Art. Diese stellen aber das helvetische Konkordanzmodell in Frage, indem sie es mit neuen Fragestellungen unterlaufen.

Erstarken des rechtspopulistischen Protestes

Als populistisch werden hier jene Bewegungen bezeichnet, die an das Volk appellieren. Im deutschen Sprachraum hat darauf etwa der Historiker Hans-Jürgen Puhle hingewiesen. Populisten sind antielitär und wenden sich gegen das Establishment. Der Populismus sieht das Wohl der einfachen Leute durch Organisationen wie Grossbanken, Konzerne und Trusts, aber auch durch staatliche Bürokratien, Parteien, Parlamente und Gewerkschaften bedroht. Auch wenn es schwierig ist, das populistische Syndrom zu umschreiben, sollen hier einige Merkmale aufgeführt werden:

1. Populistische Bewegungen appellieren in der Regel an das Volk und die einfachen Leute.

2. Populisten wenden sich gegen das politische System und die dieses tragende Machtelite. Sie verteidigen die kleinen Leute gegen die Mächtigen im Staat und wenden sich gegen übergrosse staatliche und bürokratische Apparate. Zur politischen Kultur des Populismus gehört das Misstrauen gegen Berufspolitiker, Gewerkschafter und Bankiers, gegen «Big Government», «Big Labor» und «Big Business». Populistische Bewegungen instrumentalisieren die Ressentiments der kleinen Leute gegenüber Grossorganisationen wie Banken, Trusts und Syndikaten, Parteien und Kartellen.

3. Das Verhältnis der Populisten zum Staat ist zweideutig und ambivalent: Auf der einen Seite verlangen sie einen starken Staat, der die kleinen Leute vor Wirtschaftskartellen schützt; auf der andern Seite möchten sie, dass der Staat für seine Bürger möglichst unsichtbar bleibt.

4. Der Populismus kritisiert Entfremdung und Entwurzelung. Deshalb tendieren Populisten dazu, traditionelle Gemeinschaften wie das Dorf, die Region oder die Nation zu idealisieren und zu glorifizieren. Weil sie das lokale und regionale, ethnische und nationale Zusammengehörigkeitsgefühl über das Prinzip der Freiheit stellen, neigen sie gegenüber Fremden zu Intoleranz, Verdächtigungen und Fremdenfeindlichkeit.

5. Bei den populistischen Bewegungen, die ihren Ursprung in der ländlich-bäuerlichen Gesellschaft besitzen, stellt das von der modernen Welt abgeschirmte, von Harmonie geprägte Landleben mit dem eigenen Heimwesen das Idealbild dar. Populisten hangen oft rückwärtsgewandten und romantizistischen Gesellschaftsutopien nach und träumen von der guten alten Zeit, in der die Welt noch in Ordnung und die Moral noch intakt waren.

6. Es wäre indessen falsch, den ländlichen Populismus als einzige Variante zu betrachten. Die soziale Mobilität der modernen Gesellschaft führte dazu, dass sich populistische Strömungen auch in den Städten entwickelten. Zu den Anhängern des urbanen Populismus gehören in der Regel Zugewanderte, die in den städtischen Agglomerationen wenig integriert sind und sich in ihrer Identität durch neue Einwanderer, zum Beispiel durch Ausländer, bedroht fühlen.

7. Populistische Bewegungen sind meistens anti-intellektuell ausgerichtet, auch wenn sie Intellektuelle als Führerfiguren besitzen.

8. Der Populismus zeichnet sich häufig durch ein dichotomisches Weltbild aus, das Gesellschaft und Geschichte in Gut und Bös einteilt. Dabei bleibt das Gute in idealistischer Weise verschwommen, während das Böse meistens personifiziert und konkretisiert wird.

9. Sündenböcke und Verschwörungstheorien spielen im populistischen Weltbild eine wichtige Rolle.

10. In der Regel spielt in den populistischen Organisationen eine charismatische Figur eine zentrale Rolle, die sich von ihrem volkstümlichen Anhang durch besonderes Auftreten unterscheidet.

Ein gutes Beispiel für den Rechtspopulismus bietet die «Autopartei» dar. Ihre Gründung im Jahre 1985 fällt in eine Zeit, in der sich die Öffentlichkeit in zunehmendem Masse um die Umweltschäden Sorgen machte. Das «Waldsterben» beschäftigte ab 1983 die Medien. Als Reaktion gegen die Ökologiebewegung bekämpfte die Autopartei jene Politik, die sie «Umweltismus» nannte. Sie mobilisierte gegen eine «rot-grüne» Politik und machte die Freiheit der Automobilisten zum Programm.

Als die Autopartei im Jahre 1987 erstmals zu den Nationalratswahlen antrat und in Bern und Zürich je einen Sitz sowie 2,6% des Wähleranteils errang, sorgte sie für Aufsehen. Als typische Protestbewegung vermochte sie vor allem dort Gewinne zu erzielen, wo die alten Integrationskräfte weniger stark wirkten, so vor allem bei jüngeren Männern und in den Agglomerationen mit zahlreichen Pendlern. Bei kommunalen und kantonalen Wahlen konnte die Autopartei Ende der achtziger Jahre auf Kosten bürgerlicher Parteien Erfolge verbuchen. 1990/91 schien es aber, als ob die Partei ihren Zenit überschritten habe. Grössere Erfolge bei kantonalen Wahlen blieben aus. Doch die Nationalratswahlen 1991 brachten einen überraschenden Sprung nach vorne. Die Protestpartei steigerte ihren Besitzstand auf 8 Mandate und erhielt 5,1 Prozent der Stimmen. Mit einfachen Schlagworten zur Asyl-, Drogen-, Europa- und Steuerpolitik trug sie dazu bei, dass CVP und FDP eine Wahlschlappe erlitten.

Das rechtspopulistische Potential blieb in der Schweiz in den letzten 25 Jahren relativ stabil. Je nach Themen äusserte es sich auf verschiedene Weisen. So waren es zunächst die «Nationalen», die zu Beginn der siebziger Jahre mit ihren fremdenfeindlichen Postulaten Wahlerfolge erzielten. Danach vermochten rechtsbürgerliche Politiker wie der Gewerbevertreter Otto Fischer das vagabundierende Protestpotential zeitweise in die traditionellen Parteien einzubinden. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre trat die Autopartei auf; und 1991 entstand im Tessin die «Lega dei Ticinesi», die wie keine andere Bewegung populistische Züge trägt.

Krise der repräsentativen Demokratie

Populismus entsteht aus einer bestimmten historischen Konstellation, die mit der Modernisierung zusammenhängt. Wenn der soziale Wandel in einer Gesellschaft langsam und geordnet vor sich geht, integrieren sich die neuen politischen Kräfte von selber in die alte Ordnung. Die Legitimität des politi-

schen Systems bleibt erhalten – so argumentiert etwa Helmut Dubiel. Geht der Wandel in rapiden und abrupten Schüben vor sich, besteht die Gefahr, dass das Gleichgewicht zwischen Ökonomie, Machtapparat und kulturellem Bewusstsein gestört wird. In solchen historischen Situationen entstehen populistische Protestbewegungen als Ventile und Eruptionen von angestauten gesellschaftlichen und politischen Spannungen. Das ist der Ausgangspunkt für die Analyse der populistischen Neuen Rechten in der Schweiz und Westeuropa.

Die Modernisierung löste seit Ende der 1960er Jahre gesellschaftliche Spannungen aus, die wegen des allgemeinen Wohlstandes zunächst gar nicht bemerkt wurden. Da die Modernisierung nicht in allen Landesgegenden und nicht in allen Sozialschichten gleich voranschritt, gerieten einzelne Bevölkerungsteile in den Windschatten des Wachstums und bekamen das Gefühl, von den Vorteilen der Moderne wenig profitieren zu können. Diese in ihren Glückserwartungen oder Gerechtigkeitsansprüchen frustrierten Schweizerinnen und Schweizer neigten zu latenter Protesthaltung.

Der rasche Wandel hatte ferner zur Folge, dass zahlreiche Staatsbürger das Vertrauen in die bestehende politische Ordnung verloren und in ihren gefühlsmässigen Bindungen an traditionelle Institutionen wie etwa die Armee, die Kirchen oder die Regierung unsicher wurden. Die überforderten Menschen flüchteten sich in defensive Abwehrreaktionen; sie misstrauten den Institutionen der repräsentativen Demokratie und begannen den Begriff Volk in idealistischer Weise zu thematisieren. Populistische Bewegungen versuchten die Identitäts- und Legitimitätskrise dadurch zu steuern, dass sie die verlorene Heimat auf dem Boden traditioneller Werte neu belebten und die moralische Erneuerung der Gesellschaft in den Vordergrund zu rücken suchten. In dem Masse, in dem die traditionellen Gemeinschaften wie die Familie und das Dorf, die Vereine und die Parteien sich aufzulösen begannen, sahen sich die Menschen verunsichert.

Mehr als andere Phänomene weist der Populismus auf eine tiefgreifende Krise der repräsentativen und in der Folge auch der plebiszitären Demokratie hin. Die Parteien, das Parlament und die Regierung sind in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nicht mehr imstande, die neuartigen Probleme wirklich in den Griff zu bekommen. Dadurch zerbröckelt die Legitimation der Politik. Die populistischen Protestbewegungen unterhöhlen ihrerseits das institutionelle politische Geflecht und untergraben mit Schlagworten wie Filzokratie und Etatismus die Autorität der staatlichen Behörden. Da der Staat aber auf die Autorität im vorpolitischen Bereich angewiesen bleibt, verstärken die populistischen Protestbewegungen automatisch die Krise der politischen Repräsentation.

Die Politik der «Faits accomplis» von oben verstärkt bei zahlreichen Bürgern den Eindruck der politischen Machtlosigkeit. In der Folge suchen die oppositionellen Bewegungen Wege, um dem Protest der Menschen auf radikal-demokratische Weise Ausdruck zu geben. In dieser Perspektive stellen populistische Protestbewegungen Symptome für die Krise der repräsentativen und neokorporatistischen Demokratie der Nachkriegszeit dar, die durch das Proporzkartell und durch den Neokorporatismus der Verbände verkrustet wurde. Die materiell zwar versorgte, politisch aber blockierte Gesellschaft bildet den Nährboden für radikaldemokratische, partizipatorische und kleinräumig ausgerichtete Protestbewegungen.

Im Zuge der zunehmenden Verharschung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte entstand in der Schweiz nach 1965 ein blockiertes politisches System, das auf die Herausforderungen der Zeit nicht mehr schnell genug reagierte. Dazu kam, dass die Durchproportionalisierung der Politik die neuen Interessengruppen nicht oder zu wenig integrierte und sie damit zu Aussenseitern machte. Die Parteien und die parlamentarische Demokratie waren nicht mehr in der Lage, alle Bewegungen aufzufangen und in das System zu integrieren. Wie Erich Gruner, Hans Peter Hertig und Hanspeter Kriesi aufgezeigt haben, nahm damit das Ausmass der ausserparlamentarischen Basisaktivitäten in einem bisher unbekannten Ausmass zu.

Auf diese Weise entstand ausserhalb des traditionellen Politikrahmens auf der rechten und linken Seite ein Oppositions- und Protestpotential, das herumvagabundierte und sich einmal um dieses und ein anderes Mal um jenes Thema scharte. Dabei boten die direktdemokratischen Institutionen wie die Initiative und das Referendum der jeweiligen Opposition einmalige konstitutionelle Zugangsmöglichkeiten, die sich allerdings in der praktischen Politik mehr als psychologische Ventile, denn als eigentliche Machtinstrumente entpuppten. So kam es in den achtziger Jahren zu einer eigentlichen Flut von Volksinitiativen, die auf vielfältige Weise die Unzufriedenheit gegenüber der Gesellschaft und dem System zum Ausdruck brachten.

Fundamentalismus als politischer Moralismus

Der Begriff Fundamentalismus erlebte in der politischen Sprache der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine ungeahnte Verbreitung. Zunächst bezeichnete er ein religiöses Phänomen ausserhalb der westlichen Welt: die Islamische Revolution im Iran. Im Verlauf der zweiten Hälfte der achtziger Jahre begann er sich in den westlichen Sprachen als Bezeichnung für Erscheinungen im weltlichen Lebensbereich durchzusetzen. Zeitungen schrieben von fundamentalistischen Strömungen in der Politik Westeuropas und

der USA. Ein prominentes Beispiel: Ralf Dahrendorf bezeichnete 1989 den Fundamentalismus als die grosse Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft.

Der fast inflationäre Gebrauch des Begriffs bedeutet freilich nicht, dass der Terminus damit allgemeine Plausibilität erlangt hat. Im Gegenteil, der Begriff ist nach wie vor vage. Eine allgemeingültige Definition existiert nicht.

Vereinfacht kann man im Zusammenhang mit der zeitgenössischen Schweizer Politik jene Bewegungen zur Fundamentalopposition zählen, die ihre Politik mit moralischem Rigorismus durchzusetzen versuchen. Der politische Moralismus stellt das entscheidende Element des fundamentalistischen Politik-Syndroms dar. Fundamentalismus hat stets mit politischem Moralismus zu tun.

Auf dem äussersten rechten wie auf dem äussersten linken Flügel des Bewegungsspektrums finden sich moralistische Denkansätze. Aus der Kritik am Versagen der modernen Zivilisation entstand ein Moralismus, der zu Radikalität und Rigorosität neigt. Die Führungseliten der Nationalen wie der Alternativen beanspruchen in ihrer politischen Argumentation häufig die Exklusivität der Wahrheit für sich, indem sie nur sich allein die richtige Moral zubilligen. Innerweltliche Erlösungs- und Heilsgewissheit ersticken aber – wie Heinrich Oberreuter schreibt – den Pluralismus.

Mit dem politischen Moralismus ist eine starke Betonung der Gefühlswelt und Emotionalität verbunden. Die Anti-Überfremdungs- wie die Friedens- oder Ökologiebewegung argumentieren aus einem Lebensgefühl heraus.

Ob sie links oder rechts angesiedelt sind, alle diese oppositionellen Strömungen besitzen kein Grundvertrauen in die politischen Institutionen wie die Regierung, das Parlament oder die Parteien. Daher bevorzugen sie jene Mittel, die die Distanz zum Staat ausdrücken. Was für die traditionellen politischen Kräfte die Ausübung des Demonstrationsrechts darstellt, ist für die neuen Bewegungen der Widerstand schlechthin.

Ein weiterer Aspekt: Im Unterschied zu den traditionellen Parteien geht es der neuen Opposition um das Ganze, auch wenn sie zunächst monothematisch auf die politische Bühne tritt. Man kann diese Bewegungen als holistisch bezeichnen.

Und schliesslich: Die fundamentalistische Politik weist Verschwörungs- und Sündenbocktheorien auf. Sündenböcke personifizieren das angeprangerte Übel, seien dies nun Fremdarbeiter oder Asylanten, Kommunisten, Jesuiten oder Freimaurer, Wallstreet, der Vatikan oder das US-Pentagon. Sündenbocktheorien gehören zu jedem Extremismus, ob dieser rechts oder links einzuordnen ist.

Auf einen kurzen Nenner gebracht heisst das: Fundamentalistische Gruppierungen streben die Wahrheit statt den Kompromiss an. Wer eine ideali-

stische Weltsicht besitzt, für den ist es schwierig, abweichende Meinungen zu tolerieren. Das Streben nach Vollkommenheit und Reinheit bedroht aber die demokratischen Spielregeln. Vor diesem Hintergrund versteht man, dass die Fundamentalismus-Diskussion letztlich in eine Debatte über die Grenzen der Mehrheitsdemokratie mündet. Die existentiellen Herausforderungen, die sich aus der Erhaltung der natürlichen Umwelt und des Friedens ergeben, erfordern notfalls – so etwa die These grüner Fundamentalisten – eine Beschränkung des Mehrheitsprinzips, denn Mehrheiten werden als Legitimationsbasis brüchig, wenn sie die Existenz der Menschheit bedrohen.

Politischer Moralismus beinhaltet den Triumph der Gesinnung über die Vernunft und Urteilskraft. Der Philosoph Hermann Lübbe beschreibt dieses Syndrom folgendermassen: Moralisten berufen sich stets auf das höhere Recht der eigenen, moralisch besseren Sache. Sie bezweifeln die Integrität des Gegners, indem sie – statt dessen Argumente zu entkräften – ihre Empörung über die andere, die falsche Meinung zum Ausdruck bringen. Politische Moralisten sind in der Regel der Meinung, dass die moderne Industrie-Zivilisation infolge der verkommenen Moral zerfällt und an ihrem Ende angekommen ist. Moralisierende Intellektuelle nehmen – um mit Odo Marquard zu sprechen – für sich in Anspruch, das Gewissen zu sein, das andere sich zu machen hätten. Sie möchten die Welt durch moralische Appelle verbessern, indem sie in erster Linie eine Gesinnungs- statt eine Institutionen-Reform postulieren.

Man kann so weit gehen und moralistische Politik als Antipolitik bezeichnen. Wenn Demokratie Gegensätze von Interessen und Ideen mit Hilfe von Abstimmungsprozeduren ausgleicht, hat demokratische Politik wenig mit Wahrheit an sich zu tun. Es verwundert daher nicht, dass in der Extremismus-Forschung häufig die Bemerkung vorkommt, dass religiöser oder pseudoreligiöser Fundamentalismus am Anfang jeder extremistischen Politik steht. Wenn Politik auf einen Kampf zwischen Gut und Bös reduziert wird, wird der politische Marktplatz – so etwa Ralf Dahrendorf – geschlossen. Politischer Moralismus tendiert dazu, den Pluralismus aufzuheben. Dass der politische Moralismus den traditionellen Konsens und die Konkordanz des politischen Systems in Frage stellt, braucht nicht eigens betont zu werden, denn jegliche Absolutionsansprüche erschweren den Kompromiss.

In diesem Zusammenhang spielen die modernen Massenmedien wie Radio und Fernsehen eine wichtige Rolle, denn sie verstärken die Emotionalisierung der Politik. Gewiss, jede Politik lebt von Gefühlen. Gerade die materiellen Sachzwänge machen eine ganzheitliche Perspektive notwendig, die die Emotionen nicht ausklammert. Mit der Emotionalität kehrt aber oft der Moralismus zurück, der sich im Besitze der alleinseligmachenden Wahr-

heit weiss und die Regeln der demokratischen Entscheidungsprozesse unterläuft.

Zum Nachteil von Parteien, Parlament und Regierung bestimmen die Medien zusehends darüber, was politisch relevant ist. In der Guckkastenwelt des Fernsehens kommt einmal dies und ein anders Mal jenes ins Blickfeld der Zuschauer, ohne die gesellschaftlichen Zusammenhänge deutlich werden zu lassen. Politik reduziert sich – so etwa Neil Postmans Kritik – auf Neuigkeiten, auf News im eigentlichen Wortsinn, die vor allem dann Interesse wecken, wenn sie vom Normalen abweichen. Wenn aber das Abweichende zum Ausleseprinzip der politischen Information wird, verkommt die Politik zum Unterhaltungstheater, das Bürger zu blossen Zuschauern degradiert. Die Demokratie wird zur Zuschauerdemokratie. Die Zuschauer werden zwar mit viel «action» unterhalten, bekommen aber keine politische Bildung. Politik geht in einer schönen neuen Welt auf, die von der apolitischen Betulichkeit der Bürger lebt.

Versuch einer Bilanz

Politikwissenschafter und Soziologen gaben dem politischen Wandel der Schweiz in den letzten 20–30 Jahren unterschiedliche Namen. Erich Gruner und Hans Peter Hertig sprachen von der «neuen Politik», Hanspeter Kriesi und Wolf Linder schrieben über die «neuen sozialen Bewegungen», René Levy und Laurent Duvanel skizzierten eine «Politik von unten». Auf das Etikett kommt es nicht an. Wie immer man die soziopolitischen Veränderungen bezeichnet, die folgenden Feststellungen finden breite Zustimmung:

- Das schweizerische Parteiensystem, das eines der stabilsten in Westeuropa darstellt, geriet seit 1967 in Bewegung. Die traditionellen Regierungsparteien sahen sich einer kontinuierlichen Erosion ausgesetzt.
- Im Zuge des postmaterialistischen Wertewandels traten neue soziale Bewegungen auf und konnten in der Parteipolitik hauptsächlich über die Grünen Fuss fassen. Seit 1987 bilden die Grünen die stärkste politische Oppositionsbewegung ausserhalb der Regierungsparteien.
- Etwa zur gleichen Zeit wie die neuen sozialen Bewegungen entfalteten sich am rechten Rand des Parteienspektrums populistische Bewegungen, die mit der Ausländerfrage zunächst einen Teil der älteren Generation mobilisierten.
- Die neuen Konflikt-Dimensionen liegen quer zum klassischen Links-Rechts-Schema, auch wenn dieses nicht verschwunden ist. In Wahlen und Volksabstimmungen kommt es zu verhältnismässig beständigen rot-grünen Wahl- und Abstimmungsallianzen.

Es besteht kein Zweifel: Das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts stellt in der Schweizer Zeitgeschichte einen Einschnitt dar. Halten wir – gleichsam als Bilanz – die wichtigsten Wandlungen fest:

1. Die Zivilisation, die sich selbst als ständigen Fortschritt interpretiert hat, geriet im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts in eine Modernitätskrise, in der sich Unbehagen, Ernüchterung und Selbstzweifel über Wachstum und Fortschritt ausbreiteten. Das sich verstärkende Malaise erschütterte die Leitideen der Industriegesellschaft. Ins öffentliche Bewusstsein traten die Grenzen des Wachstums; man erkannte, dass man zu den Natur-, Boden- und Landschaftsreserven Sorge tragen muss. Der Wertewandel führte zu einem postmaterialistischen Paradigmawechsel. Neue Orientierungen und neue Lebensstile gewannen vorab bei der jüngeren Generation der neuen Mittelschichten an Boden. In der Folge entstanden soziale und politische Bewegungen, die sich nicht mehr nach dem klassischen Links-Rechts-Schema einordnen liessen.

2. Seit den späten sechziger Jahren macht die Schweiz einen Protestzyklus durch. Die beschleunigten Industrialisierungs- und Bürokratisierungsprozesse riefen oppositionelle Bewegungen hervor, die einerseits in der Form von populistischen Antiüberfremdungsbewegungen und andererseits in der Form von antiautoritären Jugendbewegungen und später von Antiatom-, Friedens-, Ökologie- oder Frauenbewegungen auftraten. Die neue Opposition drehte sich einerseits um Fragen wie Einwanderung und Ausländer und andererseits um Themen wie Verkehr und Strassenbau, Atomkraftwerke, Flugplätze, Seilbahnen, Waldrodungen, Waffenplätze usw.

3. Unter dem Einfluss der Konkordanzdemokratie verkrustete das politische System spätestens nach der Einführung der Zauberformel. Das durchproportionalisierte Regierungssystem – Bundesrat, Parlament und Parteien – war nicht mehr fähig, neue Problemstellungen rechtzeitig zu erkennen und neue Interessengruppen ins bestehende System einzubauen. Damit nahmen unkonventionelle und ausserparlamentarische Aktivitäten seit den späten sechziger Jahren in einem bisher unbekannten Ausmass zu.

4. Parallel zu den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen schlitterte der Nationalstaat in eine Krise. Das Nationalbewusstsein, das sich im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts an den Begriffen «Volk – Staat – Nation – Regierung» entwickelt hatte, geriet zwischen die Fronten eines Übernationalismus gleich Globalismus und eines Unternationalismus gleich Regionalismus. Der Nationalstaat ist zu klein, um die grossen Probleme anzugehen, und er ist gleichzeitig zu gross, um die kleinen Probleme zu lösen. Als politisches Modell verliert er frühere Funktionen. Die Nationalökonomie braucht heute nicht mehr die nationalstaatliche Basis nach dem Muster des 19. Jahrhunderts.

5. Die sozialen Umwälzungen lösten bei den Menschen Desorientierung und Angst aus, was dem Bedürfnis nach neuen Sicherheiten und Gewissheiten Vorschub leistet. Wo immer wir uns in unserer mobilen Gesellschaft bewegen, begegnen wir Fremden; wir sind Nomaden in unserer eigenen Heimat geworden. In dieser Grundsituation wenden sich Fundamentalismen aller Art an die Menschen, da sie scheinbar umfassende Lebens- und Weltorientierungen anbieten. Vieles spricht dafür, dass Fundamentalismus, Populismus, Fremdenhass usw. verschiedene Facetten desselben Grundphänomens darstellen.

6. Was die neue Opposition auf dem linken wie auf dem rechten Spektrum vereint, sind ihre antimodernistische Stossrichtung, ihr moralistischer Politikstil und ihre Emotionalität. Manche Beobachter bezeichnen diese Phänomene als fundamentalistisch – ein Begriff, der wegen seiner Verschwommenheit nicht recht befriedigt, tendenziell aber das Wesentliche trifft.

7. Die Schweiz befindet sich auf dem Weg zu einer Stimmungsdemokratie, in der Ereignisse und Themen ohne lange Vorwarnzeichen hochkommen und mit geringer Halbwertszeit wieder verschwinden. Der Zeithorizont der Politik ist kürzer, die Gültigkeit der politischen Tatsachen aber länger geworden.

Kündet sich – so frage ich mich am Schluss dieses zeitgeschichtlichen Essays zur Lage der Schweiz am Ende des Jubiläumsjahres 1991 – nach einer 200jährigen Industrialisierungs-Geschichte eine neue Epoche an, die durch qualitatives Wirtschaftswachstum und postmaterialistischen Wertewandel gekennzeichnet ist? Oder handelt es sich bloss um einen krisenhaften Übergang im Auf und Ab der langen Wirtschaftswellen? Kann man von einem Ende oder einer Wende, von einem Zyklus oder einer Zäsur sprechen?

Je nach weltanschaulichem Standpunkt und je nach Interessenlage interpretieren die Soziologen und die Historiker den Wandel unterschiedlich. Eines steht freilich fest: Spätestens zu Beginn der 1970er Jahre entstand ein Krisenbewusstsein in der Moderne. Ob man dem Bild eines Zyklus oder einer Zäsur den Vorzug gibt, die 200jährige Industriegeschichte scheint an einem Wendepunkt angekommen zu sein. Krisen- und Katastrophenstimmungen gab es zwar immer schon, die gegenwärtige weist aber nach dem deutschen Soziologen Karl-Werner Brand eine neue Qualität auf. Das Fortschrittsdenken und der Zukunftsoptimismus wurden erschüttert. In den Worten des Sozialwissenschafters Joseph Huber wandelt sich die gegenwärtige Gesellschaft vom ökonomischen Aufbau zum ökologischen Umbau. Huber bezeichnet diesen Übergang als «sozial-ökologischen Switch-over». Auch der deutsche Politikwissenschafter Joachim Raschke geht von der An-

nahme aus, dass sich die westlichen Gesellschaften in einer Umbruchphase befänden. Ähnlich wie Ronald Inglehart spricht er von der neuen Lebensweise als dem neuen Paradigma. Auch der Theologe Hans Küng diagnostiziert einen Paradigmawechsel.

Was heisst das für die Schweiz? Nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichte das wirtschaftliche Wachstum eine Sozialpolitik, die mit Hilfe des Wohlfahrtsstaates einen Kompromiss zwischen den Sozialschichten, Klassen und Landesteilen anstrebte. Das änderte sich in den späten sechziger Jahren, als die neuen sozialen Bewegungen die Industriegesellschaft und das Konsensparadigma, das auf einer möglichst proportionalen Verteilung der materiellen Güter beruht, grundsätzlich in Frage stellten. In der Folge zeichnete sich ein Wandel ab; das Paradigma der neuen Lebensweise breitete sich aus, ohne das materialistische Verteilungs- und Proporzdenken völlig zu verdrängen. Alte Leitbilder und Organisationsformen genügten nun nicht mehr.

In dieser zeitgeschichtlichen Perspektive signalisieren Apathie und Aktivismus Stauprobleme in der Politik. Daraus entstehen Such-, Protest- und Oppositionsbewegungen, die die Moderne überholen oder hinter diese zurückgehen möchten. Folgt man dem Zyklusmodell, stellt sich nach der labilen Übergangsphase – so meint etwa der Historiker Hansjörg Siegenthaler – ein neues Gleichgewicht mit einer neuen Ordnung ein. Der Rationalismus der Moderne setzt sich wieder durch, und die fundamentalistischen Suchbewegungen mit ihren Irritationen flauen ab.

Diese Erklärungstheorie schiebt die neuen sozialen Bewegungen und ihre Begleiterscheinungen nicht einfach als pathologische Phänomene auf die Seite. Im Gegenteil, die neuen Oppositionsbewegungen dienen dazu, die Moderne zu korrigieren und – um den deutschen Soziologen Ulrich Beck zu zitieren – die Selbstmodernisierung der Moderne zu fördern. Die neuen Bewegungen helfen, jene Elemente in die Gesellschaft zurückzuholen, die im Modernisierungsprozess verkümmert oder verloren gegangen sind. Als Korrektive gegen die überzogene Modernisierung tragen sie dazu bei, dass bestimmte Werte und Traditionen wiederbelebt werden.

Man kann indessen auch von einem gesellschaftlichen Bruch ausgehen. Im ausgehenden 20. Jahrhundert kommt dann die 200jährige Industrialisierungsgeschichte an einen Punkt, der zu einer qualitativ neuen Gesellschaft führt. In dieser Perspektive stellen die neuen Bewegungen Manifestationen einer postmodernen Utopie dar, die die rationalistisch-positivistischen Illusionen der Moderne hinter sich lässt. Die neuen Bewegungen signalisieren eine historische Wende, die die Vorherrschaft der technisch-wissenschaftlichen Rationalität beendet und das destabilisierte Verhältnis zwischen Mensch, Natur und Gesellschaft in ein qualitativ neues Gleichgewicht bringt.

Wie dem auch sei: die neuen sozialen und die alten populistischen Bewegungen drücken Opposition gegenüber der modernen Entwicklung aus. Die linken Bewegungen argumentieren dabei aus der Perspektive der Moderne, denn sie akzeptieren die modernen Ziele wie etwa die Frauenemanzipation, nicht aber die modernen Mittel wie die Grossbürokratie oder die Grosstechnologie. Darin liegt der wesentliche Unterschied zum konservativen Antimodernismus, der die moderne Entwicklung aus rückwärtsgerichteten Perspektiven kritisiert und die aufklärerisch-emanzipatorischen Zielsetzungen in Frage stellt.

Die Gesellschaft veränderte sich in der Schweiz rascher als die politischen Institutionen, die zum grossen Teil aus dem 19. Jahrhundert stammen. Dadurch entstanden Spannungen, die auf der rechten Seite zu einer rückwärtsgerichteten Bremsallianz und auf der linken Seite zu einer vorwärtsgerichteten Bewegungskoalition führten. Während die einen in politische Lethargie verfielen, versuchten die andern über die Mittel der direkten Demokratie und über politische Spontanaktionen das blockierte System aufzubrechen oder zu umgehen.

Die Nachkriegsordnung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geht auch in der Schweiz endgültig zu Ende. Institutionen wie die Neutralität oder die Armee, der Bundesrat und das Regierungssystem, die in der Nachkriegsordnung von 1945 bis 1989 einen tabuisierten und fast unverrückbaren Platz eingenommen haben, werden nun grundsätzlich in Frage gestellt. Die neuen Generationen, die nach dem Weltkrieg geboren wurden, werden zu Trägern neuer Werte. Dadurch entsteht ein Bruch mit dem bisherigen Konsens- und Verteilungsparadigma. Die politische Landschaft polarisiert sich, denn die politische Mitte – zu der auch die Sozialdemokraten gezählt werden können – stellt kein attraktives Programm mehr dar und verliert an Bedeutung. In einer Zeit des raschen Wandels erscheint Mitte mehr als Stagnation denn als Stabilität.

Das Tempo des technologischen Fortschritts und des wirtschaftlichen Wachstums ist derart rapid, dass die Politik ständig überholt wird. Da die politischen Parteien sich immer ähnlicher werden, wird die Politik konturenlos. Die Gesetzgebung hinkt hinter der technisch-ökonomischen Entwicklung nach; und auch die Ethik und Moral vermögen dem raschen Wandel nicht zu folgen und lassen die Menschen desorientiert zurück. Daraus entsteht eine Art Fundamentalopposition, die die vorwärts- und rückwärtsgerichteten Protestbewegungen hervorruft. Diese Ausgangslage zwingt die Schweiz am Ende des 20. Jahrhunderts zu Reformen, die weit über das hinausgehen, was man sich wohl vor 25 Jahren vorgestellt hat.

Die Schweiz steht mitten in einem gewaltigen Anpassungsprozess. Die Diskussionen des vergangenen Jubiläumsjahres 1991 haben einige intellek-

tuelle Vorleistungen für eine pragmatische Neukonstruktion erbracht. Darin besteht ein nicht gering zu schätzender Ertrag der 700-Jahr-Feier.

Ausgewählte Literaturhinweise

Da der hier publizierte Text auf ein mündliches Referat am Historikertag vom 25. Oktober 1991 zurückgeht, verzichte ich auf Fussnoten und beschränke mich auf ausgewählte Literaturhinweise. Im Zusammenhang mit dem von mir geleiteten NFP 21-Projekt wird 1993 eine Publikation erscheinen, die ausführliche Fussnoten aufweist. Eine etwas anders konzipierte Kurzfassung meines NFP 21-Projektes ist bereits erschienen: vgl. Urs Altermatt, Fundamentalistische Strömungen in den neuen Oppositionsbewegungen 1965–1985, Reihe: Kurzfassung der Projekte des Nationalen Forschungsprogrammes 21, Basel 1991. Ich danke Markus Furrer für seine Mitarbeit.

Altermatt Urs, Conservatism in Switzerland: A Study in Antimodernism, in: *A Century of Conservatism, Part 2, Journal of Contemporary History,* 14 (1979) 4, 581–610.

Altermatt Urs, Xenophobie und Superpatriotismus. Die populistische Antiüberfremdungsbewegung in der Schweiz der sechziger und siebziger Jahre, in: *Faschismus in Österreich und international. Jahrbuch für Zeitgeschichte 1980/81,* hrsg. von der österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, Wien 1982, 167–193.

Altermatt Urs, Rechtextremismus im schweizerischen Alltag der achtziger Jahre: Angst vor dem Verlust der Heimat, in: *Totalitarismus: Demokratie und Totalitarismus; Totalitarismen in der Demokratie.* Mit Beiträgen von Heinz Kleger u. a., Freiburg 1987, 37–54.

Altermatt Urs, *Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert,* 2. Auflage, Zürich 1991.

Angst Kenneth, Zwischen Anpassung und Widerstand – die Parteien im gesellschaftlichen Wandel, in: *Politische Rundschau, «Parteien im Wandel»,* H. 3, Bern 1988, 32–34.

Beck Ulrich, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne,* Frankfurt/Main 1986.

Bell Daniel (Hrsg.), *The Radical Right. The New American Right,* New York 1963.

Brand Karl-Werner (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich,* Frankfurt a. Main 1985.

Dahinden Martin (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen – und ihre gesellschaftlichen Wirkungen,* Zürich 1987.

Dubiel Helmut (Hrsg.), *Populismus und Aufklärung,* Frankfurt a. Main 1986.

Furrer Markus, *Die neue Opposition in der Urschweiz in den 1970er und 1980er Jahren.* Historische Fallstudien zur Ökologiebewegung und zur Bildung «grüner» Parteigruppen in den Kantonen Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden, Diss. phil. Freiburg, Zürich 1992.

Gruner Erich / Hertig Hans Peter, *Der Stimmbürger und die «neue» Politik,* Bern 1983.

Huber Joseph, *Die verlorene Unschuld der Ökologiebewegung. Neue Technologien und superindustrielle Entwicklung,* Frankfurt a. Main 1982.

Inglehart Ronald, *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt,* Frankfurt a. Main, New York 1989.

Kriesi Hanspeter / Levy René / Ganguillet Gilbert / Zwicky Heinz (Hrsg.), *Politische Aktivierung in der Schweiz 1945–1978,* Diessenhofen 1981.

Kriesi Hanspeter (Hrsg.), *Bewegung in der Schweizer Politik. Fallstudien zu politischen Mobilisierungsprozessen in der Schweiz,* Frankfurt a. Main 1985.

Levy René / Duvanel Laurent, *Politik von unten. Bürgerprotest in der Nachkriegsschweiz,* Basel 1984.

Linder Wolf (Red.), Politische Parteien und neue Bewegungen. *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft,* Bd. 26, Bern 1986.

Linder Wolf / Longchamp Claude / Stämpfli Regula, Politische Kultur der Schweiz im Wandel – am Beispiel des selektiven Urnengangs, Reihe: *Kurzfassung der Projekte des Nationalen Forschungsprogrammes 21,* Basel 1991.

Longchamp Claude, Politisch-kultureller Wandel in der Schweiz. Eine Übersicht über die Veränderungen der Orientierungs- und Partizipationsweisen in den 80er Jahren, in: Plasser Fritz / Ulram Peter A. (Hrsg.), *Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich,* Frankfurt a. Main, Bern, New York, Paris 1991, 49–101.

Lübbe Hermann, *Politischer Moralismus. Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft,* Berlin 1987.

Meyer Thomas, *Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne,* Reinbek bei Hamburg 1989.
Oberreuter Heinrich, *Stimmungsdemokratie: Strömungen im politischen Bewusstsein,* Zürich 1987.
Raschke Joachim, Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte,* Bd. 36, 6. September 1980, 23–45.
Siegenthaler Hansjörg, Mit und aus Turbulenzen und aus Krisen leben lernen, in: *«Die Weltwoche»,* 7. November 1991.
Werder Hans, *Die Bedeutung der Volksinitiative in der Nachkriegszeit,* Bern 1978.